

**(Abg. Eugen Roth)**

Da standen nämlich Zielzahlen drin, welche die Wirtschaftskammern einhalten wollten. Letztendlich war die Zielzahl 10.000 vereinbart worden, und die hatten sie fast erreicht: 9.600 Ausbildungsverträge waren damals abgeschlossen worden; also weit über dem, was jetzt mit diesem mehr oder weniger luftleeren Pakt hier erreicht werden sollte. Diesen Pakt hat man einfach auslaufen lassen. Ich könnte sagen, ich bin ja auch als Gewerkschaftsvorsitzender noch im mit der Landesregierung abgeschlossenen Beschäftigungspakt, weil er eigentlich nie gekündigt worden ist. Diese konkrete Maßnahme, mit der die Wirtschaft wirklich gesagt hat, wir lassen uns nachprüfbar machen, hat man - und das ist der dritte Pferdefuß - nur deshalb nicht gemacht, weil man, so war auch die Aussage in unserem Gespräch, einzig und allein die Umlagefinanzierung umgehen wollte. - Was dann an zweiter Stelle rauskam, war völlig nachrangig.

Nur, verehrte Landesregierung, verehrter Herr Minister, uns ging es nie und geht es nicht darum, die Schlagzeilen zu beherrschen, denn da wird man sicher besser aussehen, wenn man diese nichtssagende Geschichte so, wie sie aufgeschrieben wurde, mitmachen würde. Uns ging und geht es darum, dass am Schluss wirklich die Betriebe - die 32 Prozent zumindest, die es könnten und die es trotzdem nicht tun; vorrangig Großbetriebe, die weit unter ihren Ausbildungskapazitäten bleiben - tatsächlich dazu gebracht werden, jungen Saarländerinnen und Saarländern Zukunft zu geben und sich nicht aus ihrer Verantwortung zu drücken, obwohl die Auftragslage blendend ist.

(Beifall bei der SPD und B 90/Grüne.)

Aus diesem Grunde haben wir heute diesen Antrag gestellt,

(Abg. Vogtel (CDU): Du würdest besser etwas machen! Etwas tun, anstatt Anträge zu stellen!)

der vorsieht, dass man nicht irgendwelches inhaltsleere "Gedudel" mitmacht, wie die Saarländer sagen, sondern dass man sich qualifiziert mit diesen Dingen beschäftigt. Aus diesem Grunde wollen wir, dass diese Geschichten wirklich objektiv auf den Prüfstand gestellt werden und dass man nicht weiter schönredet. Wir fühlen uns den jungen Saarländerinnen und Saarländern verpflichtet. Aus diesem Grunde muss tatsächlich eine Evaluation spätestens zum 31.12.2005 dieses Jahres erfolgen. Wenn diese Maßnahmen nicht reichen, was alle Prognosen sagen, muss man auch zu anderen Mitteln greifen und darf nicht nur Geschenke machen, dass bestimmte Großbetriebe aus ihrer Ausbildungsverpflichtung entlassen werden. So geht das nicht. - Glück auf.

(Beifall bei der SPD und B 90/Grüne.)

**Vizepräsidentin Lawall (SPD):**

Zur Begründung des Antrages der CDU-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Alexander Funk das Wort.

**Abg. Funk (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Hut ab! In der heutigen Zeit als SPD einen Antrag zur "Zukunftsperspektive Ausbildung" zu stellen, ist mutig. Oder aber, Sie sind völlig schmerzfrei nach dem Motto: Ist der Ruf erst ruiniert, lebt sich's gänzlich ungeniert.

(Beifall bei der CDU und FDP.)

Fast 1 Million Jugendliche sind in Deutschland arbeitslos, über 5 Millionen Menschen in Deutschland suchen eine neue Beschäftigung. Das sind die höchsten Zahlen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. In dieser Zeit beantragen Sie hier dieses wichtige Thema und tun so, als hätten Sie mit dieser gesamten Entwicklung nichts zu tun. Sie blenden die Realität vollkommen aus, diskutieren vollständig an den Fakten vorbei und versuchen, sich aus der Verantwortung zu stehlen.

(Beifall bei der CDU und FDP.)

Ihr Bundeskanzler, Ihr Noch-Bundeskanzler, wollte sich messen lassen an den Arbeitslosenzahlen.

(Abg. Hartmann (FDP): Der hat gar kein Vertrauen zu denen. - Ministerpräsident Müller: Der hat ja zu sich selber keins!)

Das vergessen Sie immer wieder gerne. Und ich zitiere es immer wieder gerne: Wir wollen uns daran messen lassen, in welchem Maße wir zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beigetragen haben. Und: Wenn wir es nicht schaffen, die Arbeitslosigkeit zu senken, haben wir es nicht verdient, wiedergewählt zu werden.

Sie müssen sich schon diesen Realitäten stellen, die durch die Politik Ihrer Bundesregierung geschaffen wurden. Nach sieben Regierungsjahren hinterlässt Rot-Grün das schlimmste Chaos auf dem deutschen Arbeitsmarkt, das je eine Bundesregierung nach 1945 zu verantworten hatte. Rund 5 Millionen Arbeitslose und fast 1 Million Jugendliche, die de facto arbeitslos sind, bilden die Bilanz des Schreckens, bilden Ihre Bilanz des Schreckens. Meine Damen und Herren von Rot-Grün, das sind Ihre Arbeitslosen,

(Abg. Commerçon (SPD): Die sind immer noch aus der Regierung Kohl! Die haben wir von Ihnen geerbt!)

diese Politik haben Sie zu verantworten. Wir werden es Ihnen nicht durchgehen lassen, dass Sie jetzt so tun, als hätten Sie mit dieser Arbeitsplatzvernichtungspolitik nichts zu tun. Sie müssen sich dieser Verantwortung schon stellen.

(Beifall bei CDU und FDP. - Abg. Stritter (SPD): Sie nehmen den Mund sehr voll. - Abg. Heimes (CDU): Wenn man Recht hat, kann man das machen! - Abg. Commerçon (SPD): Die haben wir von Kohl geerbt. - Abg. Stritter (SPD): Wie ernsthaft Sie mit dieser Frage umgehen! - Abg. Meiser (CDU): Sie haben sie aber massiv vermehrt. - Abg. Commerçon (SPD): Frechheit!)

Wenn Sie in Ihrem Antrag schreiben, der ständige Vergleich mit irgendwelchen Durchschnittswerten nutzt den arbeitslosen Jugendlichen nichts, dann ist das grundsätzlich richtig. Wer einen Job sucht, dem ist die Statistik egal. Dem geht es um seine Existenz. Aber so einfach machen wir es Ihnen von der SPD nicht. Wir lassen es nicht zu, dass Sie sich hinter den Arbeitssuchenden verstecken. Wer Politik betreibt, wer im Bund in der Verantwortung steht und diese gescheiterte Arbeitsmarktpolitik mitgetragen hat, muss sich auch daran messen lassen.

(Abg. Pauluhn (SPD): Jetzt sagen Sie einmal etwas über das Saarland!)

Wer für die Rekordarbeitslosigkeit in Deutschland verantwortlich ist,

(Abg. Pauluhn (SPD): Kein Wort zum Saarland!)

braucht sich über die hohe Arbeitslosigkeit in den einzelnen Bundesländern nicht zu wundern.

(Beifall bei der CDU und FDP.)

Wenn dann trotz Gegenwind vom Bund die Entwicklung auf dem saarländischen Arbeitsmarkt günstiger ist als in anderen Bundesländern, sollten Sie die Größe besitzen, dies anzuerkennen, und wenn Ihnen das nicht gelingt, sollten Sie zumindest schweigen.

(Abg. Pauluhn (SPD): Es "funkelt" im Saarland. - Beifall bei der CDU und der FDP.)

Ich gebe Ihnen Recht, dass sich der einzelne Arbeitsplatzsuchende nicht für die Statistik interessiert. Aber als politisch Handelnde müssen wir uns immer wieder messen lassen. Wir stellen uns diesem

**(Abg. Funk)**

Vergleich. Dann ist es erfreulich - darauf sind wir stolz -, dass das Saarland zum zweiten Mal in Folge bundesweit Spitze ist bei den Ausbildungsplätzen. Egal, welche Wortbeiträge noch folgen, die Fakten lassen sich nicht leugnen. Sie bestreiten diese auch nicht. Sie verstecken sich einfach hinter dem Arbeitsplatzsuchenden und behaupten, dieser interessiere sich nicht für die Zahlen. Die Fakten lauten: Im Saarland standen im letzten Jahr für 100 Bewerber 95 Ausbildungsplätze zur Verfügung, während im Bundesdurchschnitt für 100 Nachfrager lediglich 79 Ausbildungsplätze angeboten werden konnten.

Damit belegte das Saarland zum zweiten Mal in Folge den Spitzenplatz unter allen Bundesländern. Dieser Erfolg ist nicht in der Schönheit dieses Landes begründet. Nein, es ist vielmehr das Ergebnis harter Arbeit. Dieses Ergebnis konnte dank der vielfältigen Initiativen und des großen Engagements eines Netzwerkes von verbundenen Partnern erreicht werden. Dazu zählen die Landesregierung unter Federführung des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit, die Industrie- und Handelskammer, die Vereinigung der Saarländischen Unternehmensverbände, die Arbeitsverwaltung und neuerdings auch der Saarländische Landkreistag und die Handwerkskammer. In erster Linie aber gilt die Anerkennung dem verantwortungsbewussten Handeln saarländischer Unternehmen, die in so großer Zahl Ausbildungsplätze für ausbildungswillige und -fähige Jugendliche zur Verfügung gestellt haben und noch stellen werden.

Unser Dank gilt allen Unternehmen, die einen Ausbildungsplatz angeboten haben und noch anbieten werden. Es ist gerade für kleine und mittelständische Betriebe nicht leicht, junge Menschen auszubilden. Tun sie es dennoch, ist es auch ein Zeichen von gesamtgesellschaftlicher Verantwortung.

Im Saarland sind über 6.000 junge Menschen unter 25 Jahren ohne jegliche Beschäftigung. Nach der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sind annähernd 1.500 Jugendliche neu oder wieder in die Arbeitslosenstatistik aufgenommen worden. Mehr als die Hälfte aller arbeitslosen Jugendlichen verfügt über keine abgeschlossene Berufsausbildung und hat folglich mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu kämpfen. Von den arbeitslosen ausländischen Jugendlichen haben sogar 75 Prozent keine Berufsausbildung abgeschlossen. Insofern wäre es ein Fehler, ja sogar grob fahrlässig, würden wir uns im Saarland auf die bundesweite Spitzenposition in Sachen Ausbildungsplätze zurückziehen. Wir sind bundesweit Spitze, was Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage angeht. Aber es gibt noch eine Menge zu tun.

Daher begrüßen wir ausdrücklich, dass die oben genannten Partner, nämlich Landesregierung, IHK, Handwerkskammer, VSU, Arbeitsverwaltung und mittlerweile auch der Saarländische Landkreistag am 05. April 2005 unter dem Motto "Chancengarantie 2005 - Pakt für Ausbildung im Saarland" sich wiederum dazu verpflichtet haben, jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen die Chance auf berufliche Ausbildung zu garantieren.

Voraussetzung ist aber, dass die Jugendlichen auch ausbildungswillig sind. Ob das einige hier im Hause wahrhaben wollen oder nicht. Es gibt eine Reihe von Jugendlichen, die einfach keinen Bock auf Ausbildung oder Arbeit haben.

Und Jugendliche müssen auch ausbildungsfähig sein. Der Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss beträgt nach wie vor fast 10 Prozent und nach den Ergebnissen der letzten PISA-Studie sind rund ein Viertel aller Schulabgänger nur bedingt ausbildungsfähig. Laut "Chancengarantie 2005" gelten als ausbildungswillig alle unversorgten Bewerber ab dem 01. Oktober, die bereit sind, an Maßnahmen zur Integration in Ausbildung oder Arbeit aktiv teilzunehmen. Dazu gehört insbesondere die verpflichtende Teilnahme an der gemeinsam durchgeführten Endspurbörse "Chancengarantie 2005". Als ausbildungsfähig gelten alle Jugendlichen, die einen von der Regionaldirektion und den Wirtschafts-

kammern gemeinsam entwickelten Kompetenz-Check erfolgreich absolvieren. Gerade die Nachvermittlung Aktion unter anderem mit der Endspurbörse verlief im Saarland sehr erfolgreich. Insgesamt wurden 75 Prozent der am 30.09.2004 noch nicht vermittelten Bewerber untergebracht.

Allerdings ist die Lage am saarländischen Arbeitsmarkt in diesem Jahr schwieriger als in der Vergangenheit, Herr Roth ist auf die Zahlen eingegangen. Von Oktober 2004 bis März 2005 sind den saarländischen Agenturen für Arbeit nur knapp 4.600 Ausbildungsplätze gemeldet worden, 480 oder 9,4 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Auf der anderen Seite zeichnet sich jedoch eine erneute stärkere Nachfrage nach Ausbildung ab. Knapp 5.300 Jugendliche haben in den vergangenen sechs Monaten die Agentur für Arbeit bei der Lehrstellensuche eingeschaltet, das sind 100 oder zwei Prozent mehr als vor einem Jahr. Zwar ist damit die Bewerber-Stellen-Relation an der Saar immer noch deutlich günstiger als im Bundesdurchschnitt. Dennoch müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um jedem Jugendlichen die Chance auf einen Ausbildungsplatz zu sichern. Die saarländische Landesregierung, und hier insbesondere der Wirtschaftsminister Hanspeter Georgi, dem ich an dieser Stelle ausdrücklich unseren Dank ausspreche, geht mit gutem Beispiel voran.

(Beifall bei der CDU.)

Unter dem Dach der Initiative "Ausbildung ist Zukunft" der Landesregierung, die in diesem Jahr zum dritten Mal in Folge durchgeführt wird, wurden und werden vielfältige Maßnahmen, die zu dem überaus positiven Ergebnis an der Saar geführt haben, gebündelt: Gemeinschaftsaktion "Lehrstelle jetzt", Grundsatzgespräch mit den Kammern, Ausbildungskonferenz, Empfang der besten Ausbildungsbetriebe sowie ihrer Landes- und Bundessieger, Steigerung der Ausbildungsbeteiligungen ausländischer Unternehmer, Bürgermeistergespräche, Ausbildungsakquise, Telefonmarketing, Pakt für Ausbildung Saarland, Ausbilderforen, Nachvermittlung Aktion, Sonderprogramm Einstiegsqualifizierung Jugendlicher, "Allianz für mehr Ausbildung".

Gerade im Bereich der Ausbildungsakquise ist unser Wirtschaftsminister Hanspeter Georgi bundesweit vorbildlich. Hier kommt uns sicherlich die Kleinheit des Landes zugute und der Vorteil der kurzen Wege. Aber das alleine reicht bei weitem nicht aus. Entscheidend ist der Fleiß. Ja, es ist Fleiß-Arbeit, bei Unternehmen Klinken zu putzen und immer wieder für zusätzliche Stellen zu werben. Und es wäre natürlich wünschenswert, wenn der Wirtschaftsminister bei dieser Fleißarbeit stärker unterstützt würde. An dieser Stelle frage ich noch einmal nach der Verantwortung. Zu Beginn meiner Rede ging es um Ihre bundespolitische Verantwortung. Jetzt frage ich nach der saarländischen Verantwortung. Wo ist das Engagement der Gewerkschaften? Wo ist Ihr Engagement, Herr Roth? Wo ist das Engagement der Arbeitskammer? Was tun die genannten Organisationen konkret, um die Ausbildungssituation im Saarland zu verbessern? Warum treten die Genannten nicht dem Pakt bei und leisten ihren aktiven Beitrag zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation?

(Abg. Gillo (SPD): Nicht zugehört. - Abg. Vogtel (CDU): Das ist mit Arbeit verbunden.)

Wissen Sie, es ist einfach und bequem, mit fadenscheinigen Argumenten bei einem solchen Bündnis nicht mitzumachen. Wenn man sich aber für diesen bequemen Weg entscheidet, wenn man sich verweigert, dann sollte man ganz einfach schweigen.

(Beifall bei der CDU.)

Man sollte dann nicht die Erfolge dieses Paktes schlechtreden oder, wie die Arbeitskammer dieser Tage getan hat, einen wirklichkeitsfremden Bericht vorlegen, der die gute Ausbildungsplatzsituation im Saarland völlig unterschlägt. Wir müssen uns ernsthaft die Frage

**(Abg. Funk)**

stellen, ob die Arbeitskammer, die sich einerseits weigert, dem erfolgreichen Ausbildungspakt beizutreten und somit aktiv etwas für die Verbesserung der Jugendlichen zu tun, andererseits aber an allem herumnörgelt, in dieser Form noch der richtige Interessenvertreter der Arbeitnehmer ist.

Mich erinnern Arbeitskammer und DGB mittlerweile nur noch an die beiden Alten von der Muppet-Show. Sie sitzen auf der Zuschauertribüne und nörgeln an allem rum. Das kann zwar zeitweise ganz unterhaltsam sein, ernst genommen werden sie jedoch nicht. Herr Roth, vielleicht ist ja auch das ein Grund für den gravierenden Mitgliederschwund der Gewerkschaften.

(Beifall bei der CDU. - Zurufe von der SPD.)

Sie haben erneut behauptet, die finanzielle Zuwendung für die Arbeitsmarktförderung sei gestrichen worden. Bereits bei der Haushaltsberatung habe ich das an dieser Stelle korrigiert und Sie darauf hingewiesen, dass es zwar zutrifft, dass dort eingespart wurde, dass es aber genauso richtig ist, dass dort 8,5 Millionen Euro an Haushaltsresten weiterhin zur Verfügung stehen und dass auch in diesem Jahr die Arbeitsmarktförderung auf hohem Niveau fortgesetzt werden kann. Aber Sie wollten es damals nicht wahrhaben und wollen es heute nicht wahrhaben. Deshalb lohnt es auch nicht, mit Ihnen weiter darüber zu diskutieren.

Für die CDU-Fraktion beantrage ich abschließend, dass bei unserem Antrag über den letzten Spiegelstrich, nämlich die Aufforderung an den DGB und die Arbeitskammer, dem Pakt "Chancengarantie 2005" beizutreten, gesondert abgestimmt wird. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsidentin Lawall:**

Die Kollegin Barbara Spaniol wird nun den Antrag der Bündnis 90/Grüne-Landtagsfraktion begründen.

**Abg. Spaniol (B 90/Grüne):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jungen Menschen eine Perspektive zu geben heißt, ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu verschaffen. Trotz einiger eben beschriebener Erfolge, die unstrittig sind, sind im Saarland mehr als 6.000 Jugendliche derzeit ohne Job, das sind mehr als 6.000 Jugendliche zu viel. Hinzu kommen noch bis zu 3.000 Jugendliche ohne den gewünschten Ausbildungsplatz. Wenn man sich diese Zahlen ansieht und wenn man ernst nimmt, was wir von den berufsbildenden Schulen, von den Schülerinnen und Schülern und den Betrieben erfahren, dann wird sehr deutlich, dass im Bereich der Ausbildung dringender Handlungsbedarf besteht.

Wir sind uns wohl alle einig - das wurde eben auch deutlich -, dass es trotz der Erfolge, die da sind, nichts zu beschönigen gibt. Es herrscht dringender Handlungsbedarf, weil junge Menschen auf der Straße stehen, nicht vermittelt werden, weil sie keine Zukunftschancen haben, ohne Berufsausbildung sind und weil wir, wenn wir eine Berufsausbildung fordern wollen, das auch nicht im nächsten oder übernächsten Jahr tun können, sondern weil wir das jetzt direkt tun müssen, am besten noch zum nächsten Ausbildungsjahr. Da sind wir in der Pflicht.

(Beifall bei B 90/Grüne und teilweise bei der SPD.)

Jeder Jugendliche, der jetzt nicht ausgebildet wird, fehlt später als Fachkraft. Und jeder Jugendliche, der jetzt nicht ausgebildet wird, hat oft auf lange Zeit auch keine Chance am Arbeitsmarkt - machen wir uns doch da nichts vor - und damit für einen wichtigen Teil seines Lebens.

Wir sehen auf der anderen Seite das Bemühen der Betriebe, aber leider reicht das alleine noch nicht aus. Damit komme ich zur Nach-

vermittlungssaktion der Arbeitsagentur. Das kritisiert die Arbeitskammer in ihrem Bericht an die Landesregierung schon zu Recht. Dies muss hier ebenfalls verbessert werden. Es ist unverantwortlich - das sagen wir auch ganz selbstkritisch, wenn wir uns die Bundesebene anschauen -, die jungen Menschen immer wieder auf die Zeit der Nachvermittlung zu verfrachten. Sie findet zu spät statt oder führt häufig zu Warteschleifen und staatlich finanzierten Praktika wie dem Einstiegsqualifizierungsjahr, das an anderer Stelle sicherlich zu Recht eingerichtet worden ist, wo aber nicht immer die Nachvermittlung enden kann.

Aber auch die Landesregierung muss ernst machen mit ihrem Beitrag zu einer besseren Ausbildungssituation im Saarland. Das betrifft auch die allgemein bildenden Schulen. Wir alle wissen, dass viele Schulabgänger nicht ausbildungsfähig sind. Wir alle haben Gespräche mit Unternehmern geführt, die gesagt haben, sie hätten ja Ausbildungsplätze, aber sie fänden keine geeigneten Bewerber. Das muss sich ändern. Wir brauchen auch da eine Schulreform oder zumindest Ansätze einer Reform, die dafür sorgt, dass Schulabgänger grundlegende Fähigkeiten auch wirklich beherrschen, damit sie in der Lage sind, eine Ausbildung aufzunehmen.

Allerdings ist es umgekehrt auch nicht so, dass ein Großteil der Jugendlichen, die den Hauptschulabschluss erworben haben, generell nicht ausbildungsfähig ist. Mit dieser gerne transportierten Legende gilt es auch einmal aufzuräumen. Tatsache ist doch, dass für diese Jugendlichen keine Ausbildungsplätze vorhanden sind. Nur deswegen werden sie auch nicht ausgebildet. Das ist die eigentliche Problematik und nicht, dass sie zu schlecht qualifiziert sind.

(Beifall bei SPD und B 90/Grüne.)

Es ist relativ einfach zu sagen, im Saarland erhält jeder ausbildungswillige und ausbildungsfähige Jugendliche eine Lehrstelle. Wenn zu wenige Lehrstellen da sind, wird die Zahl der angeblich nicht ausbildungsfähigen Jugendlichen einfach erhöht und die Statistik stimmt wieder. Das ist aber zu kurz gesprungen, meine Damen und Herren. Wir wissen, dass diese jungen Menschen in eine Ausbildung gehen wollen und nicht in eine Schule. Ansonsten haben sie erstens noch ein weiteres Jahr keine Ausbildung und zweitens liegen sie den Eltern auf der Tasche. Sie haben also auch insofern keine Möglichkeit, ihre privaten Angelegenheiten so zu regeln, wie sie das gerne machen würden. Hier ist auch Handlungsbedarf festzustellen.

Wir müssen allen den Zugang zu Bildung und Arbeit ermöglichen und zwar völlig unabhängig von Geschlecht und sozialer Herkunft. Es ist nun einmal ein Problem, dass ein großer Teil eines jeden Jahrganges durch vielfache Fehlleistungen der Schule, des Umfelds und der Familie erhebliche Schwierigkeiten am Ausbildungsmarkt hat. Das ist so. Erst im letzten Jahr hat eine Studie des Deutschen Jugendinstituts unterstrichen und nachgewiesen, dass benachteiligte Jugendliche die Ausbildung gerade in den kleinen Betrieben besonders erfolgreich absolvieren, denn das nahe Verhältnis zum Ausbilder ist dort der entscheidende Faktor, weil diese jungen Menschen, die leider oftmals - das wurde eben zu Recht kritisiert - von vielen Großunternehmen als ausbildungsunfähig abgestempelt werden. Sie haben vor Ort eine Chance.

Wir sind der Meinung, dass wir nicht die Augen davor verschließen können, was es für Jugendliche bedeutet, wenn ihnen unsere Gesellschaft signalisiert, dass sie nicht gebraucht werden. Uns ist jede und jeder wichtig. Es werden alle gebraucht.

(Beifall bei SPD und B 90/Grüne.)

Auf diesem Weg muss man auch alle mitnehmen. Jugendliche müssen ein auswahlfähiges Angebot haben. Sie müssen die Chance haben, eine Ausbildung nach ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten aufzunehmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns sicherlich